

# Notizen

Um die historische Aufarbeitung des christlichen Antisemitismus und der Inquisition bemüht sich die „Theologisch-historische Kommission“ im Rahmen der gesamtkirchlichen Vorbereitung auf das Jubiläumsjahr 2000. Vorsitzender dieser Kommission ist der Schweizer Dominikaner Georges Cottier, „Theologe des Päpstlichen Hauses“ und Generalsekretär der Internationalen Theologenkommission. In einem Interview mit dem „Corriere della sera“ (10.4.97) sagte Cottier, die Arbeit der Kommission an den beiden Themen geschähe im Blick auf kirchliche „Akte der Reue“ im Zusammenhang mit dem Jahr 2000. Zum christlichen Antisemitismus wird es ein Symposium mit entsprechenden Fachleuten vom 28. Oktober bis 2. November 1997 geben; ein vergleichbares Symposium zu den verschiedenen Erscheinungsformen der Inquisition ist für 1998 vorgesehen.

Die in den vergangenen Monaten und Wochen heftig geführte Auseinandersetzung über die inzwischen in der Frankfurter Paulskirche angekommene Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–1945“ nahm Anfang April der Geschäftsführende Vorstand der deutschen Sektion von Pax Christi zum Anlaß, um auf die ihrer Auffassung nach verschwiegene, unbearbeitete, kirchenhistorisch und pastoraltheologisch unerforschte, erst recht aber unbewältigte Stellung der katholischen Kirche in Deutschland zu „Hitlers Krieg“ hinzuweisen. Immer wieder habe man kirchlicherseits bei den verschiedenen Gedenkveranstaltungen zum Kriegsbeginn wie zum Kriegsende mit Recht auf die weltanschaulich-ideologische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und auf dessen antikirchliche Kampfmaßnahmen hingewiesen: „Übergangen hat man jedoch nicht nur die innere Affinität der (damaligen) katholischen Kirche zu autoritären Regimen, sondern auch und vor allem ihre fast durchgängige Unterstützung des Hitler-Krieges“, wobei diese keinesfalls aus Kriegssucht oder -begeisterung erfolgt sei, sondern in dem entsetzlichen Irrtum, eine Pflicht erfüllen zu müssen.

Die Kirche müßte viel mehr Leute in die Bereiche schicken, in denen es kaum oder gar keine Christen gibt. So Propst Heinz-Josef Durstewitz (Heiligenstadt) in einem Interview der Kirchenzeitung „Tag des Herrn“ (13.4.97) über die Situation der

Kirche in den neuen Bundesländern. Die Struktur der Diözesen in Ostdeutschland werde den Problemen der Gegenwart nicht gerecht: „Sie sind planungsmäßig, wirtschaftlich, personell viel zu klein. Sie haben kaum Fachleute, können sie sich auch nicht leisten.“ Die Kirche, so Durstewitz, könne heute nicht mehr gängeln, sondern nur noch einladen. Gemeindegottesdienste reichten nicht aus; man müsse sich ganz stark auf den einzelnen einstellen. Die Kirche brauche mehr Spezialisten: „Die Tourismus-Seelsorge am Erfurter Dom beispielsweise bewirkt mehr als so manche traditionelle Art der Seelsorge.“

Als deutliches Signal dafür, daß sich Menschen einen solchen Umgang mit Feiertagen nicht gefallen lassen, wertete der nordelbische Bischof Karl Ludwig Kohlwege (Lübeck) das Ergebnis eines Volksbegehrens für die Wiedereinführung des Bußtages als gesetzlicher Feiertag. Dieses war von der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche initiiert worden. Nach offiziellen Angaben des Landesabstimmungsausschusses haben 136 792 Schleswig-Holsteiner für den Feiertag gestimmt (etwa 106 000 seien erforderlich gewesen). Mit diesem Ergebnis wurde der Weg zu dem landesweit ersten Volksentscheid über den Bußtag geöffnet. Soll dieser ebenfalls erfolgreich sein, müßten rund 530 000 wahlberechtigte Bürger Schleswig-Holsteins für den Bußtag stimmen.

Heute könne in Nordkorea mit etwa 12 000 Christen und 520 Gottesdiensträumen, für die die Gläubigen eine offizielle Versammlungserlaubnis besitzen, gerechnet werden, berichtet der Nachrichtendienst Eglises d'Asie (1.4.97) unter Berufung auf Angaben aus der Presbyterianischen Kirche Südkoreas, die sich wiederum auf Aussagen eines für Religionsangelegenheiten zuständigen Offiziellen des nordkoreanischen Regimes beziehen. Zum ersten Mal sei die Zahl der Gottesdiensträume, die in christlichen Kreisen Séouls schon länger kursiere, nun offiziell bestätigt worden. Es gebe Anzeichen dafür, daß sich das Regime Nordkoreas in jüngster Zeit darum bemühe, eine tolerantere Haltung gegenüber den Religionen zu demonstrieren.

Zum neuen Erzbischof von Denver (Bundesstaat Colorado) und damit

zum ersten Erzbischof der USA indianischer Abstammung ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Bischof von Rapid City (South Dakota), Charles Joseph Chaput. Er ist Mitglied des Indianerstammes der Potawatomi, die im Nordosten des US-Bundesstaates Kansas leben, und Mitglied des Kapuzinerordens. Auf dem Gebiet des Erzbistums Denver leben bis heute mehrere Indianer-Stämme. Neben Chaput gibt es in den USA noch einen weiteren Bischof mit indianischer Abstammung.

Der Vatikan und Libyen haben am 10. März diplomatische Beziehungen aufgenommen. Zum ersten Apostolischen Nuntius ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Nuntius in Malta, Erzbischof José Sebastián Laboa. Laboa war seit Oktober 1995 bereits Apostolischer Delegat in Libyen. In einem Kommuniqué des vatikanischen Pressesaals hieß es, mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen trage der Heilige Stuhl dem Fortschritt bei der Religionsfreiheit in Libyen Rechnung. Kritik aus den USA an diesem Schritt mit Blick auf die politischen Verhältnisse Libyens wies Erzbischof Laboa zurück. Der Apostolische Vikar in Tripolis, Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli, ein Franziskaner, gab die Zahl der in Libyen lebenden Katholiken mit 50 000 an. Es handele sich dabei vor allem um Asiaten und Araber.

In einer Abschlussskundgebung mit geschätzten 100 000 Teilnehmern vor dem brasilianischen Präsidentenpalast endete am 17. April der im Februar aus den verschiedenen Landesteilen Brasilien gestartete „Marsch der Landlosen“. Mit dieser als „Triumphzug“ gewerteten spektakulären, von der Brasilianischen Bischofskonferenz unterstützten und begleiteten Aktion suchte die brasilianische Landlosenbewegung (MST) ihrer Forderung nach einer schnellen Agrarreform und der Zuteilung von Land Nachdruck zu verleihen. Im vergangenen Jahr hatte die MST in 21 von 27 Bundesstaaten Brasiliens 176 Landbesetzungen organisiert. Zugleich wurde bei der Abschlussskundgebung auch an das sich jährnde Massaker an landlosen Bauern im nördlichen Bundesstaat Pará gedacht.

Beilagenhinweis

*Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.*